

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Themen in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über den Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs am 7./8. Februar 2013 in Brüssel, in dessen Rahmen eine Einigung über den EU-Haushaltsplan erzielt wurde. Des Weiteren entschied der Bundestag über eine Erweiterung des Einsatzes der deutschen Bundeswehr in Mali sowie den nationalen Bildungsbericht 2012. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

## HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum EU-Haushaltsplan
2. Ausweitung des Bundeswehrein-satzes in Mali
3. nationaler Bildungsbericht 2012
4. Relevantes aus Mannheim und der Region





## **1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum EU-Haushaltsplan 2013**

In ihrer Regierungserklärung am Donnerstag hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Einigung auf einen mittelfristigen Finanzrahmen in der EU für die Jahre 2014 bis 2020 verteidigt. Die Bundesregierung habe beim Europäischen Rat am 7. und 8. Februar in Brüssel ein Ergebnis erzielt, "das den Realitäten von heute Rechnung trägt und den Anforderungen gerecht wird". Die europäischen Staats- und Regierungschefs hatten sich nach langen Verhandlungen darauf geeinigt, dass sich der Finanzrahmen in der EU für die kommenden sieben Jahre auf Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 960 Milliarden Euro belaufen soll. Erstmals wird sich der Finanzrahmen der Europäischen Union damit nicht erhöhen. Dazu sagte Merkel: "Es wäre niemandem vermittelbar, wenn alle in Europa sparen müssten, nur Europa nicht."

Der Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2020 sieht nach den Vorstellungen des Europäischen Rates ein Volumen von 960 Milliarden Euro vor. Danach darf die Europäische Union von 2014 bis 2020 maximal 960 Milliarden Euro – oder 1,0 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU – ausgeben. Der Einigung muss das Europäische Parlament noch zustimmen. Die EU-Volksvertretung hat aber bereits Kritik an den ihrer Ansicht nach zu geringen Investitionen geäußert. Mit den sogenannten Verpflichtungsermächtigungen von 960 Milliarden Euro liegt der künftige Finanzrahmen noch unter dem laufenden. Von 2007 bis 2013 durfte die EU 993,6 Milliarden Euro verplanen. Noch geringer fallen die sogenannten Zahlungsermächtigungen für die kommenden sieben Jahre aus, also das Geld, das tatsächlich ausgegeben werden darf. Sie werden auf 908,4 Milliarden Euro beziffert – und damit rund 50 Milliarden weniger als zur Zeit. Der größte Topf ist nach wie vor der Agrarhaushalt, für den bis zu 373,2 Milliarden Euro vorgesehen sind – und damit weniger als in der laufenden Periode. Für die Strukturförderung, den zweitgrößten Posten, sind 325,1 Milliarden Euro veranschlagt, ebenfalls deutlich weniger als bisher. Erhöht werden dagegen die Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung. Dort ist ein Zuwachs um etwa 34 Milliarden auf 125,6 Milliarden Euro vorgesehen. Die Verwaltung schlägt mit 61,6 Milliarden Euro zu Buche und die Außenpolitik mit 58,7 Milliarden Euro.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel appellierte in ihrer Regierungserklärung an die EU-Abgeordneten, sich auf das Verbindende zwischen Rat und Parlament zu konzentrieren. Mit dem Gipfelergebnis gebe es nun Planungssicherheit für alle, besonders für die Mitgliedstaaten, die von der Krise hart getroffen seien. Deutschland werde auch künftig der größte Nettozahler bleiben, sagte die Kanzlerin. Es sei aber gelungen, eine faire Lastenverteilung zwischen den Nettozahlern zu erreichen. Gleichwohl räumte sie ein, dass Deutschlands Belastung in den kommenden Jahren – relativ gesehen – steigen werde. Besonders hob Merkel den neuen Fonds gegen Jugendarbeitslosigkeit hervor, der helfen soll, jungen Menschen in Europa den Weg in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu ebnen. „Mit sechs Milliarden Euro kann man hier wirklich etwas bewegen“, unterstrich Merkel. Sie sprach sich dafür aus, die Mittel schnell bereitzustellen und nicht auf viele Jahre zu verteilen.



## **2. Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Mali**

Die Bundeswehr bereitet sich auf eine Ausweitung ihres Engagements zur Stabilisierung Malis vor. Der Bundestag beriet am Mittwoch zwei Mandate: Beim ersten Mandat geht es um die Beteiligung Deutschlands an einer EU-Ausbildungsmission für die malische Armee, beim zweiten um die Unterstützung des französisch-afrikanischen Einsatzes in Mali mit Transport- und Tankflugzeugen. Zum Transport französischer und afrikanischer Einheiten sind bereits drei Transall-Flugzeuge der Bundeswehr im Einsatz. Das Mandat sieht bis zu 150 deutsche Soldaten für die Transportflugzeuge und für die Luftbetankung französischer Kampfjets vor. Die seit Januar laufende militärische Nothilfe Frankreichs hat bereits verhindert, dass das gesamte Land in die Hände islamistischer Extremisten fiel. Die Menschen in den Städten im Norden des Landes wurden von der Terrorherrschaft der Islamisten befreit. Der UN-Sicherheitsrat hatte bereits im Dezember ein internationales Eingreifen mit allen erforderlichen Maßnahmen abgesegnet, um die territoriale Integrität Malis wiederherzustellen.

Langfristig muss die malische Regierung in die Lage versetzt werden, die Nordhälfte des Landes eigenständig zu kontrollieren. Hierfür will die EU die militärischen Fähigkeiten der malischen Armee verbessern. Deutschland übernimmt die Aufgabe der sanitätsdienstlichen und der Pionierausbildung. Zunächst sollen voraussichtlich 40 Spezialisten für die Pionierausbildung sowie 40 Ärzte und Sanitäter entsandt werden, die ein Feldlazarett betreiben. Das Bundestagsmandat sieht eine Obergrenze von bis zu 180 deutschen Soldaten vor. Die christlich-liberale Koalition befürwortet beide Mandate. Denn bei einer weiteren Schwächung der staatlichen Autorität droht Mali zu einem Rückzugsort für islamistische Terrorgruppen und zu einem Umschlagplatz für den illegalen Handel mit Menschen, Waffen und Drogen zu werden. Eine solche Entwicklung gefährdet auch die Sicherheit Deutschlands und Europas. Entscheidend für die Stabilisierung Malis ist der politische Prozess, eine rein militärische Lösung kann es nicht geben.

## **3. Nationaler Bildungsbericht 2012**

Die Kultur- und Bildungspolitik ist einer der Schwerpunkte der christlich-liberalen Koalition. Die bisherige Bildungs- und Forschungsministerin Annette Schavan hat Herausragendes auf diesem Gebiet geleistet und wurde dafür parteiübergreifend geachtet. Die neue Bildungsministerin, Prof. Dr. Johanna Wanka, ist eine erfahrene und renommierte Bildungspolitiklerin, so daß mit Kontinuität in diesem Politikfeld gerechnet werden kann.

In dieser Woche wurde im Plenum der Nationale Bildungsbericht der Bundesregierung vorgestellt, der in diesem Jahr ganz im Zeichen der kulturellen Bildung steht. Zwar besitzt der Bund im Bereich der Bildungspolitik nur wenige Zuständigkeiten, er versteht es doch auch auf diesem Gebiet deutliche Akzente zu setzen. Zahlreiche Fördermaßnahmen, von denen gerade auch in Mannheim verschiedene Einrichtungen profitiert haben, zeugen hiervon. Der diesjährige Bildungsbericht zeigt unter anderem auf, wie sich das 2012 gestartete Programm zur Förderung non-formaler Bildungseinrichtungen wie etwa Jugendzentren, Musikschulen und Vereine, auf lokaler Ebene auswirkt. Insbesondere Kinder aus bildungsfernen Eltern können von diesem 30 Millionen Euro umfassenden Projekt profitieren.



## **4. Neues aus Mannheim und der Region**

Der dbb Beamtenbund und die tarifunion vergeben den dbb-Innovationspreis 2013. Mit diesem Preis, der mit 50.000 € dotiert ist, sollen Innovationen aus dem öffentlichen Dienst gewürdigt werden. Zielgruppe des Preises sind neben der öffentlichen Verwaltung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene die mittelbare öffentliche Verwaltung wie Kammern, die Sozialversicherung, Unternehmen und Betriebe der öffentlichen Hand sowie Kirchen, Parteien und Verbände und alle am Thema Verwaltungsreform Interessierten. Bewerben können sich CIO's, IuK-Verantwortliche, eGovernment-Beauftragte und IT-Fachleute, Leiter von Behörden und Körperschaften, Entscheidungsträger und Führungskräfte, gewählte Mandatsträger, Fortbildungs- und Datenschutzbeauftragte, Personal- und Betriebsräte, Mitglieder im dbb und anderen Gewerkschaften.

Bewerbungen können bis zum 15. April 2013 schriftlich oder per E-Mail bei der dbb Bundesgeschäftsstelle, Stichwort „dbb Innovationspreis“, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin bzw. unter [innovationspreis@dbb.de](mailto:innovationspreis@dbb.de) eingereicht werden. Nähere Informationen zum Bewerbungsverfahren sowie zur Preisverleihung am 5. Juni 2013 in Leipzig erhalten Interessenten auch unter [www.neueVerwaltung.de](http://www.neueVerwaltung.de).

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 277 – 722 91

E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)

Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)